

FDP-Chef wirbt für „Jamaika“

Einstimmig verabschiedeter Leitantrag hält aber Verhandlungen mit der SPD weiterhin offen

Kiel – Die Kieler FDP war bei ihrem Parteitag nach der Wahl noch sichtlich in Feierlaune. „Die rennen uns die Türen ein“, sagte ein strahlender Kreischef Heiner Garg und meinte damit CDU und SPD. In einer leidenschaftlichen Rede machte er „glasklar“, dass der gesamte Vorstand ein „Jamaika“-Bündnis mit CDU und Grünen favorisiert.

Von Martina Drexler

101 Anrufe bzw. Kurznachrichten mit Gesprächsangeboten registrierte Garg seit dem Wahlabend, als die FDP das zweitbeste Wahlergebnis ihrer Kieler Geschichte erzielte und die Zahl ihrer Ratsmitglieder auf vier verdoppeln konnte. „Ein völlig neues Gefühl“ sei das, schwärmte er von der „starken FDP“, die Kiel eine neue Chance biete. Der von den 34 Mitgliedern

einstimmig verabschiedete Leitantrag der FDP-Spitze hält sich neben „Jamaika“ aber die Option der „Ampel“ mit SPD und Grünen ebenso offen sowie die Fortsetzung der Oppositionsrolle: „Wir entscheiden uns für diejenigen Partner, mit dem wir unsere liberalen Inhalte am ehesten umsetzen können“, sagte Garg und erhielt auch

viel Beifall, als er betonte: „Mit der FDP wird es keine Kooperation um jeden Preis geben.“

Kein einziger Widerspruch regte sich, als er Schwarz-Grün trotz mancher Schwächen im Gegensatz zur SPD den Willen zur Haushaltskonsolidierung bescheinigte. Der frühere CDU-Ratsherr und frisch wiedergewählte FDP-



Heiner Garg, Landtagsabgeordneter und Kreisvorsitzender der FDP, steckte den Rahmen für Bündnisverhandlungen fest. Foto August

Fraktionschef Jan Huuk, der sich eher für eine „Ampel“ erwärmen kann, war terminlich verhindert, wie es am Rande des Parteitags in der „Seeburg“ hieß.

Auch in der Schul-, Wirtschafts- und Finanzpolitik entdeckte Garg unwiderrspungen große Übereinstimmungen mit der CDU, in der Sozialpolitik mit den Grünen. Der Kieler SPD zollte er jedoch Respekt für ihre Absage an die Linken. Die größte Hürde für beide Bündnis-Konstellationen, wiederholte der Kreisvorsitzende, sei aber die StadtRegionalBahn, „das Lieblingskind der Grünen“. Doch dafür zog er gleich eine Lösung aus dem Hut: Die Steuerzahler sollen mithilfe eines Bürgerentscheids befragt werden, „ob sie bereit sind, bis zu 400 Millionen Euro in ein Projekt zu stecken, dessen Beitrag zur Verbesserung des ÖPNV in Kiel diesen Millionenbetrag nicht rechtfertigt“. Um einen Bürgerent-

scheid auf den Weg zu bringen, braucht es in Schleswig-Holstein entweder die Unterschriften von zehn Prozent der Wahlberechtigten oder aber einen Antrag der Ratsmehrheit. Der Bürgerentscheid steht einem Ratsbeschluss gleich.

Das erste Gespräch mit den Grünen bezeichnete Garg als „angenehm und professionell“. In dieser Woche trifft die liberale Spitze auf die Vertreter von CDU und SPD. Am nächsten Montag will der Kreisvorstand dann entscheiden, mit wem die achtköpfige Kommission (Vorstand und gesamte Fraktion) über eine Kooperation verhandeln soll. Der frühere Bundesjustizminister Schmidt-Jortzig gab als alter Praktiker, wie er sagte, den Verhandlern Ratschläge mit auf den Weg: Zwischen den Bündnispartnern muss großes Vertrauen herrschen. Ein einzelner Spaltpilz, warnte er, könne jede Koalition sprengen.